

## Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

30. September 2019

### Ägypten

#### **Neue Protestwelle und Repressionen**

Nach den Demonstrationen der letzten Woche kam es am 27.09.19 zu erheblich verschärften Maßnahmen der Sicherheitskräfte in Ägypten, v.a. in Kairo. Der Tahrir-Platz und Teile der Innenstadt wurden abgesperrt, es gab eine massive Polizeipräsenz. Dennoch gab es an vielen Stellen kleinere, anscheinend spontane Demonstrationen gegen Staatschef Abdel Fattag al-Sisi, v.a. in Kairo und Giza, aber auch in anderen ägyptischen Städten. Auch Fußballspiele wurden abgesagt. Die sichtbare, massive und schnelle Reaktion der Sicherheitskräfte scheint viele Protestierende aus der Vorwoche abgeschreckt zu haben, allerdings muss die Entwicklung als weitgehend offen betrachtet werden.

### Afghanistan

#### **Präsidentenwahlen**

Während der am 28.09.19 abgehaltenen Präsidentenwahlen kam es entgegen vieler Befürchtungen nur zu relativ wenigen Anschlägen. Allerdings gingen Schätzungen zufolge auch nur rund 20 % (etwa zwei Millionen) der Wahlberechtigten zur Wahl, obwohl die Regierung 100.000 Soldaten und Polizisten zum Schutz der Wahllokale aufgeboten hatte. Zahlreiche Wahllokale blieben aus Sicherheitsgründen geschlossen, insbesondere in umkämpften oder unter Talibanherrschaft stehenden Gebieten. Pressemeldungen sprechen von etwa 260 bis 400 Anschlägen landesweit. Die Angaben zu Toten und Verletzten schwanken zwischen drei und 29 Todesopfern bzw. 24 und 190 Verletzten. Wahlergebnisse werden nicht vor dem 18.10.19 erwartet.

#### **Sonstige Anschläge/Kampfhandlungen**

Am 23.09.19 starben bei einem Luftangriff auf Taliban im Distrikt Musa Qala der südlichen Provinz Helmand mindestens 35 Menschen. Bei einem Großteil der Opfer soll es sich um Zivilisten gehandelt haben, die Gäste einer Hochzeitsfeier waren.

Am 24.09.19 starben bei einem Bombenanschlag bislang unbekannter Attentäter in der südlichen Stadt Kandahar vier Zivilisten, darunter ein Kind und ein Journalist. Der Anschlag ereignete sich im vierten Distrikt der Stadt Kandahar nahe einem Wahlkampfbüro des amtierenden Präsidenten Ghani.

Einer der Anschläge vom 28.09.19 ereignete sich in der südlichen Stadt Kandahar in einer als Wahllokal genutzten Moschee. Bei dem Sprengstoffanschlag wurden mindestens 13 Zivilisten und ein Polizist getötet.

### Albanien/Nordmazedonien

#### **Bundestag für EU-Beitritt von Albanien und Nordmazedonien**

Der Deutsche Bundestag hat am 26.09.19 mehrheitlich für EU-Beitrittsverhandlungen mit den beiden Westbalkanländern gestimmt. Für den Beitritt der Republik Albanien votierten in namentlicher Abstimmung 395 Abgeordnete, 188 lehnten ihn ab und 16 enthielten sich. Den Beitritt der Republik Nordmazedonien befürworteten insgesamt 465 Abgeordnete, 122 sprachen sich dagegen aus und 16 enthielten sich.

Den Beginn der Beitrittsverhandlungen knüpfte der Bundestag jedoch an Bedingungen. So solle in Albanien die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofes mit einer angemessenen Anzahl überprüfter Richter und Staatsanwälte sichergestellt werden. Weiterhin müsse die albanische Regierung eine Wahlrechtsreform beschließen und eine transparente Parteien- und Wahlkampffinanzierung sicherstellen. Darüber hinaus verlangt der Bundestag solide Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität auf allen Ebenen, einschließlich der Verfahren gegen hochrangige Beamte und Politiker Albaniens. Auch im Bereich der Verwaltungsreform, einschließlich der Überprüfung der Einstellungen von hochrangigen Beamten und Direktoren, müsse es greifbare Fortschritte geben.

Im Antrag für die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, für die Sicherstellung des Reformkurses und die Umsetzung beschlossener Reformen durch Nordmazedonien zu sorgen. Auch müsse Nordmazedonien weiterhin erhebliche zusätzliche Anstrengungen insbesondere auf den Gebieten der Rechtsstaatlichkeit, der Sonderstaatsanwaltschaft, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der Stärkung von Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte unternehmen.

Die finale Abstimmung aller EU-Mitgliedstaaten über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien erfolgt am 17./18.10.19 im Europäischen Rat.

## **Albanien/Nordmazedonien/Serbien**

### **Westbalkanländer planen kleinen Schengenraum**

Die serbische Tageszeitung Danas berichtet am 28.09.19 von dem Vorhaben der drei Westbalkanländer, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf den europäischen und andere Märkte zu bilden. Laut der stellvertretenden serbischen Premierministerin Zorana Mihajlović seien alle drei Länder zu klein, um alleine globale Investoren anziehen und ein ein konstantes Wirtschaftswachstum erzielen zu können.

Am Rande der UN-Generalversammlung am 24.09.19 in New York hatten sich der serbische Präsident Aleksandar Vučić, der nordmazedonische Premierminister Zoran Zaev und der albanische Premierminister Edi Rama getroffen, um über ein Konzept zur Beseitigung der verschiedenen Geschäftsbarrieren sowie über einen freieren Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr in den drei Westbalkanstaaten zu diskutieren.

## **Algerien**

### **Said Bouteflika verurteilt**

Am 25.09.19 wurde Said Bouteflika, der Bruder des ehemaligen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika, von einem Militärgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Anklage lautete auf Komplott gegen die Staatsgewalt und Untergrabung der Autorität der Armee. Der frühere Geheimdienstchef Mohamed Mediene und dessen Nachfolger Athmane Tartag sowie die Vorsitzende der kommunistischen Arbeiterpartei Louisa Hanoune wurden ebenfalls zu 15 Jahren Haft verurteilt.

### **Tote bei Feuer in Krankenhaus**

Bei einem Brand auf der Entbindungsstation eines Krankenhauses in der Region Oued Souf im Osten Algeriens sind acht Babys ums Leben gekommen. Der Brand soll durch einen Kurzschluss ausgelöst worden sein. Bereits vor einem Jahr hat es in diesem Krankenhaus gebrannt. Am 24.09.19 haben mehrere hundert Menschen vor dem Krankenhaus demonstriert und Verbesserungen im Gesundheitssystem gefordert.

## **China**

### **Hongkong: Proteste**

Zehntausende nahmen am 28.09.19 an einer genehmigten Demonstration teil. Am Rande kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Auch am 29.09.19 kam es bei nicht genehmigten Protesten Tausender zu Gewalt. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Tränengas und Pfefferspray ein. Dutzende Personen wurden verletzt, es kam zu zahlreichen Festnahmen.

### **Hongkong: Gespräche mit der Bevölkerung**

Regierungschefin Carrie Lam begann am 26.09.19 ihren Anfang September 2019 angekündigten öffentlichen Dialog mit Hongkongs Bevölkerung (vgl. BN v. 09.09.19). Sie traf sich mit 150 per Los unter 20.000 Interessierten ausgewählten Einwohnern Hongkongs im Queen-Elizabeth-Stadion im Stadtteil Wan Chai. Die Mehrzahl der 30 Personen, die zu Wort kamen, kritisierte die Regierung. Vor dem Stadion versammelten sich tausende Demonstranten.

### **Hongkong: Sonderstatus beeinträchtigt**

Amnesty International (AI) berichtete am 24.09.19, dass die Regierung Hongkongs in Zusammenarbeit mit der Zentralregierung den Sonderstatus Hongkongs untergrabe. Die Rechte auf Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit seien in den vergangenen Jahren zunehmend beschnitten worden. Repressionen gegen Aktivisten und Medienvertreter nähmen zu. Kritische Stimmen seien zensiert, verfolgt und bedroht worden. Gleichzeitig seien Verantwortliche für die andauernde Polizeigewalt gegenüber Demonstranten Verantwortliche bislang nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

### **Auszeichnung für Aktivistin**

Für ihren Einsatz für die Förderung der Frauenrechte in China erhält die Juristin Guo Jianmei den auch als Alternativen Nobelpreis bezeichneten Right Livelihood Award. Sie ermöglichte Tausenden benachteiligten Frauen den Zugang zur Justiz. Der Preis, mit dem auch drei weitere Personen geehrt werden, wird am 11.10.19 vergeben.

## **Côte d'Ivoire**

### **Erste koptisch-orthodoxe Kirche Westafrikas**

Hunderte von Anhängern der koptisch-orthodoxen Kirche kamen am 22.09.19 zur Einweihung der ersten koptisch-orthodoxen Kirche in die ivorische Hauptstadt Abidjan. Damit zählt Côte d'Ivoire zum ersten Land Westafrikas, in dem sich eine koptisch-orthodoxe Kirche befindet. Die Kirche soll gleichzeitig als Zentrale für Westafrika fungieren.

Die koptisch-orthodoxe Kirche ist die altorientalische Kirche Ägyptens mit fünf bis elf Millionen Anhängern in Ägypten. Darüber hinaus gibt es kleine koptische Gemeinden in Libyen, im Sudan und einigen anderen Ländern.

## **Indien**

### **Doppelter Lynchmord an zwei kastenlosen Kindern**

Im zentralen indischen Bundesstaat Madhya Pradesh ereignete sich am 25.09.19 in Shivpuri ein doppelter Lynchmord an zwei zehn- und zwölfjährigen kastenlosen Kindern (Dalits). Auf offener Straße schlugen zwei Männer mit Stöcken auf die Dalits (Unberührbare) ein, bis diese starben. Beim Versuch, zu fliehen, hielten Anwohner die beiden Täter auf, bis diese festgenommen werden konnten. Der Vorfall hatte kastenbezogene Motive. Obwohl Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit in Indien gesetzlich verboten ist, kommt es vor allem in ländlichen Gebieten häufig dazu.

## **Indien/Pakistan**

### **Kaschmir-Konflikt**

Am 27.09.19 forderte der pakistanische Premier Imran Khan auf der UN-Generaldebatte in New York zu einem Eingreifen im Kaschmir-Konflikt auf, da andernfalls ein weiterer Krieg zwischen den Atommächten Pakistan und Indien wahrscheinlich sei. Auch müssten der Hausarrest in Kaschmir aufgehoben und der Autonomiestatus der Region wiederhergestellt werden. Der indische Premierminister Narendra Modi ließ den Konflikt in seiner Rede eine Stunde zuvor unerwähnt.

Am 28.09.19 verschärfte das indische Militär im Kaschmir-Tal um Srinagar die Sicherheitsmaßnahmen. Am 29.09.19 kam es vermehrt zu Protesten. Dutzende Kaschmiris gingen auf die Straße, zündeten Feuerwerkskörper und forderten die Unabhängigkeit von Indien.

## **Indonesien**

### **Tote bei Unruhen in Papua**

Am 23.09.19 wurden in der Provinz Papua laut offiziellen Angaben bei verschiedenen Zusammenstößen mindestens 20 Menschen getötet sowie 75 verletzt. Nach Medienberichten nach sollen bis zu 26 Menschen ums Leben gekommen sein. Ursache sollen Gerüchte über rassistische Kommentare eines Lehrers über Angehörige der indigenen Bevölkerung Papuas gewesen sein. Die Proteste in den Provinzen Papua und Westpapua dauern seit Mitte August 2019 an. Anfang September 2019 wurden etwa 3.000 Polizisten und Soldaten nach Papua und die benachbarte Provinz Westpapua entsandt und das Internet für zwei Wochen gesperrt.

### **Strafrechtsverschärfung**

Am 24.09.19 sollen Medienberichten zufolge bei Protesten Zehntausender mehr als 300 Menschen verletzt worden sein. Die Demonstrationen richteten sich erneut gegen die geplante Strafrechtsreform. Unter anderem sollen außerehelicher Geschlechtsverkehr und das Zusammenleben Nichtverheirateter mit Gefängnis bestraft werden. Das bestehende Abtreibungsgesetz soll verschärft werden. Außerdem sollen Beleidigungen des Präsidenten sollen unter Strafe gestellt werden. Am 20.09.19 hatte Präsident Widodo die Reform des Strafrechts nach massiver Kritik verschoben, das Parlament hätte am 24.09.19 darüber abstimmen sollen. Bei Inkrafttreten des geänderten Strafrechts könnten auch nicht verheiratete Touristen/innen betroffen sein, weil das Gesetz auch für Ausländer/innen gelten soll.

## **Irak**

### **Sicherheitslage**

In Irak kommt es weiterhin zu sicherheitsrelevanten Vorfällen vor allem mit Einsatz von Sprengvorrichtungen. Betroffen waren in der letzten Woche insbesondere die Provinzen Bagdad, Diyala, Salahaddin, Kirkuk und Ninive.

### **Anschlag bei Kerbala**

Am 20.09.19 kamen bei der Explosion in einem Kleinbus zwölf Personen ums Leben, fünf weitere wurden verletzt. Der Vorfall ereignete sich an einem Checkpoint nahe der Einfahrt in die Stadt Kerbala. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag. Medienberichten zufolge handelt es sich um einen der größten gezielten Anschläge auf Zivilisten seit der Niederlage des IS im Dezember 2017. Der Anschlag ereignete sich zwischen den schiitischen Feiertagen Ashura und al-Arba'in.

### **Schließung von Binnenvertriebenenlagern in der Provinz Ninive**

Am 23.09.19 teilte das Ministerium für Migration und Vertreibung die Schließung von vier weiteren Lagern für Binnenvertriebene in der Provinz Ninive mit. Die Schließung erfolgt im Rahmen einer Initiative für die schnelle Rückkehr dieser Flüchtlinge in ihre Heimatregionen. Die Unterstützungskommission der Vereinten Nationen im Irak (UNAMI) und die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) warnen dagegen vor einer übereilten Rückkehr der Binnenvertriebenen.

## **Iran**

### **Sippenhaft gegen Familie von Frauenrechtsaktivistin**

Nach Mitteilung der bekannten Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad wurden am 24.09.19 drei ihrer Familienmitglieder verhaftet. Dies bestätigten auch Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International (AI). Masih Alinejad lebt in den USA und ist Initiatorin von Kampagnen gegen den Schleierzwang in der Islamischen Republik. Schon seit Monaten haben die iranischen Behörden den Druck

auf Frauenrechtlerinnen spürbar erhöht. Die iranische Justiz drohte Alinejads Anhängerinnen mit bis zu zehn Jahren Haft. Zuletzt wurden im Juli und August Saba Kord-Afshari zu 24 Jahren, Mojgan Keshavarz zu 23 Jahren und Yasaman Ariani und ihre Mutter Monireh Arabshahi zu je 16 Jahren Haft verurteilt.

## **Jemen**

### **Houthi-Rebellen melden Bodenangriff in Saudi-Arabien**

Am 29.09.19 veröffentlichten die Houthi-Rebellen Aufnahmen ihres jüngsten Angriffs auf saudi-arabische Streitkräfte in der Region Najran im Süden Saudi-Arabiens. Den Angaben der Houthi zufolge sollen bei diesen Angriffen etwa 500 saudische Soldaten getötet oder verwundet und weitere 2.000 gefangen genommen worden seien. Die Angaben konnten bisher nicht bestätigt werden, auch Saudi-Arabien hat bisher nicht auf die Behauptungen reagiert.

### **Kampfhandlungen**

Bewaffnete Auseinandersetzungen und Anschläge unterschiedlicher bewaffneter Gruppen wurden aus verschiedenen Regionen Jemens in der vergangenen Woche gemeldet. Darunter u.a. in Atay (Gouvernement Shabwah), Jaar (Gouvernement Abyan) und im Hamrat (Gouvernement al-Dhali). Luftangriffe der saudi-arabisch geführten Koalition sollen am 23.09.19 mehrere Zivilisten im Bezirk Sawd (Gouvernement Amran) und am 24.09.19 in der Stadt Qataba (Gouvernement al-Dhali) getötet haben.

## **Jordanien**

### **Lehrerstreik**

In Jordanien sind seit Anfang September mehr als 100.000 Lehrer an öffentlichen Schulen in den Streik getreten. Seit Beginn des neuen Schuljahres ist etwa 1,3 Millionen Schulkindern kein Schulbesuch möglich. Die jordanische Lehrgewerkschaft fordert u.a. eine 2014 versprochene Gehaltserhöhung von 50 %. Laut Statistischem Institut des Landes beträgt das durchschnittliche Lehrergehalt an öffentlichen Schulen zwischen 360 und 450 jordanische Dinar (464 und 580 Euro). Die Armutsgrenze für eine fünfköpfige Familie liegt in Jordanien bei 340 Dinar (438 Euro). Viele Lehrer sind zur Sicherung des Lebensunterhaltes auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen. Die jordanische Lehrgewerkschaft berichtete, dass etwa 50 Lehrer verhaftet und später freigelassen wurden.

## **Kosovo**

### **Parlamentswahlen am 06.10.19**

Kosovarische Medien berichteten am 23.09.19, einen Tag vor Beginn des offiziellen Wahlkampfes, von einem Video über die Fälschung der Stimmen von Auslandswählern. Auf dem strittigen Video sei zu sehen, wie einige Personen mehr als 50 Stimmzettel von Auslandswählern ausfüllten. Die Präsidentin der Zentralen Wahlkommission (KEK), Valdete Daka, schloß eine Annullierung von Stimmen der Auslandswähler nicht aus, da Wahlfälscher an Personaldokumente von Auslandswählern hätten kommen können. Eine ähnliche Situation hätte es auch im Jahr 2013 gegeben, als tausende Stimmen von serbischen Auslandswählern von der Wahlkommission annulliert worden waren.

Das Nachrichtenportal Kossev berichtete am 21.09.19 von insgesamt 42.600 Wahlanträgen von im Ausland lebenden Kosovaren. 35.087 Anträge habe die KEK genehmigt, darunter 4.337 aus Serbien. Das entspricht einer Verdopplung im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahr 2017. Schätzungen zufolge leben derzeit zwischen 400.000 und 600.000 wahlberechtigte Kosovo-Bürger im Ausland.

Die Zentrale Wahlkommission ist eine unabhängige Institution, die für die Organisation und Durchführung von Wahlen im Kosovo zuständig ist. Die KEK regelt und überwacht den Wahlprozess und hat auch die Macht über die Registrierung politischer Parteien im Kosovo.

Auf Einladung des Präsidenten Hashim Thaçi hat die EU eine Wahlbeobachtungsmission (EOM) nach Kosovo entsendet, um die vorgezogenen Parlamentswahlen zu verfolgen und die demokratischen Prozesse in

dem Land zu unterstützen. Laut dem serbischen TV-Kanal N1 habe die Hohe Vertreterin der EU Federica Mogherini die Europaabgeordnete Viola von Cramon-Taubadel mit der Leitung dieser Mission beauftragt. Wahlbeobachtungsmissionen werden von der EU in Drittländern und auf Einladung des Landes durchgeführt, in dem die Wahlen stattfinden. Sie unterstehen einem Mitglied des Europäischen Parlaments, das die Leitung der Wahlbeobachtungsmission übernimmt. Die Liste der Länder, in denen in erster Linie eine Wahlbeobachtung erforderlich ist, wird vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erstellt. Die endgültige Entscheidung über die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission in ein bestimmtes Land liegt beim Hohen Vertreter der EU.

## **Libanon**

### **Proteste gegen Wirtschaftskrise**

Am 29.09.19 kam es in der libanesischen Hauptstadt Beirut zu Protesten gegen die sich verschlechternde Wirtschaftslage und Korruption sowie für mehr Arbeitsplätze und dauerhafte Stromversorgung. Demonstranten blockierten mehrere Hauptverkehrsstraßen. Vereinzelt kam es zu Ausschreitungen zwischen Polizisten und Demonstranten. In anderen Landesteilen kam es ebenfalls zu Protesten und Straßenblockaden.

## **Libyen**

### **Luftschläge von AFRICOM in der Nähe von Murzuq**

Am 24.09.19 und 26.09.19 flog die US Airforce unter dem Kommando von AFRICOM in Luftangriffe in der Nähe von Murzuq. In diesem Monat wurden bisher drei Luftangriffe in Koordination mit dem GNA (Government of National Accord, Tripolis) gegen IS-Stellungen in der Region durchgeführt. Bei diesen Luftschlägen sollen am 24.09.19 11 und am 26.09.19 17 IS-Anhänger getötet worden sein.

## **Marokko**

### **Journalistin wegen illegaler Abtreibung inhaftiert**

Am 31.08.19 wurde die Journalistin Raissouni wegen illegaler Abtreibung und außerehelicher sexueller Beziehung verhaftet. Sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe und Abtreibung stehen in Marokko unter Strafe. Gegen diese Gesetze haben 490 Frauen ein Manifest unterschrieben und veröffentlicht. Sie haben darin bekannt geben, selbst einen Schwangerschaftsabbruch unternommen zu haben oder in einer anderen Art beteiligt gewesen zu sein und sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe gehabt zu haben. Die Frauen fordern die Abschaffung der beiden Gesetze.

## **Nigeria**

### **Geheimdienst verweigert Freilassung von Sowore entgegen gerichtlicher Anordnung**

Obwohl am 24.09.19 der Federal High Court in Abuja die vorläufige Freilassung von Omyele Sowore (Menschenrechtsaktivist, Gründer des nigerianischen Online Nachrichtenportals Sahara Reporters und Präsidentschaftskandidat der Partei African Action Congress (AAC) bei der Wahl im Februar 2019) auf Kautionsanordnung und die Kautionsbedingungen erfüllt wurden, verweigert der Staatssicherheitsdienst SSS bisher Sowores Freilassung. Sowore war am 03.08.19 vom SSS verhaftet worden, nachdem er unter dem Hashtag #RevolutionNow für den 05.08.19 landesweit zu Protestdemonstrationen gegen die Regierung aufgerufen und u.a. die Präsidentschaftswahl im Februar 2019 als nicht glaubwürdig bezeichnet hatte. Am 20.09.19 hatte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Sowore in sieben Punkten, darunter Landesverrat, Geldunterschlagung und Cyberstalking gegenüber Staatspräsident Buhari erhoben.

### **ISWAP tötet Geisel von Hilfsorganisation**

Am 25.09.19 stellte die dschihadistische Terrororganisation Islamic State West Africa Province (ISWAP) ein Video online, das die Enthauptung einer männlichen Geisel zeigt. Bei dem Getöteten handelt es sich um eine

von sechs Geiseln, die Mitte Juli 2019 nahe der Stadt Damasak, Bundesstaat Borno, bei einem Überfall auf einen Autokonvoi der Hilfsorganisation Action Against Hunger (AAH) entführt worden waren. Die Exekution sei laut ISWAP erfolgt, da die Gruppe bei den Verhandlungen zur Freilassung der Geiseln von der Regierung hintergangen worden sei. Am 18.09.19 sind die Büros von AAH in Nordostnigeria vom Militär wegen des Vorwurfes, dass die Organisation die Dschihadisten mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgen würde, geschlossen worden.

### **ISWAP tötet Soldaten bei Überfall auf Militärpatrouille**

Am 25.09.19 geriet im Bundesstaat Borno laut Angaben aus Militärkreisen eine Patrouille, die sich auf dem Weg von Gubio nach Maiduguri befand, bei der Ortschaft Madamari in einen Hinterhalt ISWAP. Hierbei sollen sieben Soldaten getötet worden sein. Weitere sieben Soldaten werden vermisst. Bereits am 25.09.19 hatte der IS auf seiner Nachrichtenagentur Amaq den Überfall gemeldet und von 14 getöteten und zwei gefangenen Soldaten berichtet.

### **Neue Militärstrategie der Super Camps**

Seit geraumer Zeit kommt es im Bundesstaat Borno verstärkt zu Angriffen des ISWAP auf Militärkonvois. Dies steht vermutlich in Zusammenhang mit der seit Ende Juli 2019 neuen Militärstrategie der Super Camps. Sie sieht vor, dass das Militär von den kleineren Militärposten, die sich in Städten und Dörfern sowie auf größeren Straßen befinden, in wenige, gut befestigte Super Camps verlegt wird, die sich besser gegen Angriffe des ISWAP verteidigen lassen. Auch soll diese Konzentration der Militärkräfte es ermöglichen, dass aus den Super Camps heraus mobile Einheiten schnell und flexibel gegen die Terroristen vorgehen können. Die Militärkonvois sind jedoch nunmehr verstärkt Angriffsziele der Terroristen. Es ist zu befürchten, dass ländliche Gebiete infolge des Abzugs der Soldaten unter die Kontrolle der ISWAP fallen.

## **Pakistan**

### **Urteil nach Ehrenmord an Social-Media-Aktivistin**

Im Fall des im Juli 2016 verübten Ehrenmordes an der prominenten Social-Media-Aktivistin Qandeel Baloch verhängte ein Gericht am 27.09.19 eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Bruder. Dieser hatte seine Schwester aus Wut getötet, weil er ihre Videos in den sozialen Medien für unzüchtig hielt und diese der Familie einen schlechten Ruf eingebracht hätten. Die Getötete äußerte sich regelmäßig in sozialen Medien und nannte sich selbst Sängerin, Schauspielerin und Model. In ihren Einträgen kritisierte sie die Unterdrückung von Frauen und kämpfte für Gleichberechtigung.

## **Ruanda**

### **Oppositionspolitiker ermordet**

Am 23.09.19 wurde in der Gemeinde Gitarama (Distrikt Muhanga) der nationale Koordinator der nicht registrierten Oppositionspartei Forces Démocratiques Unifiées – Inkingi (FDU-Inkingi), Syldio Dusabumuremyi, erstochen. Die Polizei meldete die Festnahme zweier Verdächtiger. Zwei weitere Parteimitglieder wurden 2019 Opfer mutmaßlicher Übergriffe. Am 15.07.19 verschwand Eugène Ndereyimana; am 09.03.19 wurde Anselme Mutuyimana am Rande des Gishwati-Forsts im Nordwesten Ruandas tot aufgefunden.

## **Russische Föderation**

### **Proteste für die Freilassung von Demonstranten**

Am 29.09.19 nahmen ca. 20.000 Personen an einer genehmigten Kundgebung in Moskau teil, um für die Freilassung von inhaftierten Protestierenden zu demonstrieren. An der Demonstration nahmen unter anderem die Oppositionellen Alexei Nawalny und Ljubow Sobol teil. Im Juli 2019 hatten die russischen Behörden bei Protesten, die sich gegen den Ausschluss von Oppositionspolitikern bei der Regionalwahl im September 2019 gerichtet hatten, mehr als 1.000 Demonstranten festgenommen.

## **Senegal**

### **Oppositionspolitiker Khalifa Sall begnadigt**

Der im Senegal inhaftierte Oppositionspolitiker und frühere Bürgermeister der Hauptstadt Dakar, Khalifa Sall, wurde am Abend des 29.09.19 aus dem Gefängnis entlassen, nachdem Staatschef Macky Sall sich für einen Straferlass aussprach. Khalifa Sall, der nicht mit dem Präsidenten verwandt ist, war 2018 wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Er soll zwischen 2011 und 2015 umgerechnet rund drei Millionen Franken (Franc de la Communauté Financière d'Afrique) aus der Staatskasse unterschlagen haben. Der 63-Jährige hat die Vorwürfe stets zurückgewiesen und als politisch motiviert bezeichnet. Wegen seiner Verurteilung konnte er im vergangenen Februar nicht bei der Präsidentschaftswahl gegen Macky Sall antreten. Bei seiner Haftentlassung wurde er von hunderten Anhängern empfangen.

## **Serbien**

### **Europride 2022 in Belgrad**

Der Verband der europäischen Pride-Veranstalter (EPOA) meldete am 21.09.19, dass die Abstimmung über den Veranstaltungsort der Europride 2020 zugunsten der serbischen Hauptstadt ausgefallen sei. 71 % der Teilnehmer aus allen Ländern Europas hätten für Belgrad gestimmt und sendeten damit eine klare Botschaft der Unterstützung an queere Menschen in ganz Osteuropa.

Laut der Präsidentin des EPOA, Kristine Garine, werde die Veranstaltung einen großen Einfluss auf LGBTI-Personen in Belgrad, Serbien und der gesamten Region haben, die als nicht LGBTI-freundlich gilt. Der Erfolg der Europride als friedliche Demonstration für Menschenrechte könnte also für das ganze Land ein wichtiges Signal setzen, und die politische Zukunft mitbestimmen.

Die Haltung der Serben gegenüber Homosexualität gilt derzeit als eher ablehnend. Nach Angaben der Zeitung The Guardian von 2017 seien 78 % der Serben der Meinung, dass Homosexualität in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden sollte. 65 % der Befragten hätten Homosexualität als eine Krankheit bezeichnet. Eine Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, ist in Serbien noch nicht möglich. Umso bemerkenswerter ist, dass es im Jahr 2017 eine lesbische Politikerin in die Regierung geschafft hat und sich offen zu ihrer Homosexualität bekennt. Premierministerin Ana Brnabić und ihre Lebensgefährtin nahmen sogar am diesjährigen Christopher Street Day in Belgrad teil.

## **Somalia**

### **Angriff in Mogadischu**

Al-Shabaab griff am 26.09.19 türkische Staatsangehörige in der Nähe des Kreuzung K5 in Mogadischu an. Dabei wurden zwei Personen verletzt.

### **Kampfhandlungen**

In der vergangenen Woche wurden mehrere Zusammenstöße zwischen al-Shabaab auf der einen und der somalischen Nationalarmee, AMISOM, regionalen Sicherheitskräften und den Kenya Defence Forces auf der anderen Seite gemeldet. Diese Zusammenstöße ereigneten sich in Mogadischu, an einem Checkpoint in der Stadt Bal'ad (Region Middle Shabelle), im Gebiet Abdalla Birole (Region Lower Juba) sowie in den Gebieten Gendershe, Dhanaane, El Salin, Badhadhe und Qoryoley in der Region Lower Shabelle.

## **Syrien**

### **Kämpfe um Idlib**

Gefechte werden v.a. nördlich von Latakia im Bereich der Deeskalationszone um Idlib gemeldet. Verschiedene Dörfer und Kleinstädte sollen mit Fassbomben angegriffen worden sein, auch Artilleriefeuer wird gemeldet.



### **Verfassungsgebungsprozess**

Nach Informationen vom 23.09.19 sollen unter Federführung der Türkei, Irans und Russlands Beratungen von Vertretern der Regierung Assad und der Opposition über eine neue Verfassung für Syrien stattfinden. Die Ankündigung einer solchen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO wurde von Beobachtern eher zurückhaltend bewertet, da nicht zu erwarten ist, dass es von Seiten Assads größere Zugeständnisse an die Opposition geben wird. Auch in Syrien gab es massive Kritik. So fehlt etwa eine Repräsentanz von Interessenvertretern des kurdischen Bevölkerungsanteils völlig. Kurdische Kräfte im Norden Syriens treten seit langem für eine weitgehende Autonomie der Kurdengebiete innerhalb Syriens ein.

### **Turkmenistan**

#### **Begnadigung von Gefangenen**

Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow hat anlässlich des Unabhängigkeitstages am 27. September 868 Gefangene begnadigt. Bereits im März und Mai 2019 hatte er mehr als 2.000 Gefängnisinsassen amnestiert. Politische Gefangene zählen normalerweise nicht zum begünstigten Personenkreis.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes  
[informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de)